

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, meint, daß die Weltenergiekonferenz Grundlagen für internationale Entscheidungen liefern kann: Herausforderung für die Entwicklungspolitik.

Seite 1/2

Hans-Joachim Vogel MdB mahnt, den Terror von rechts ernstzunehmen: Im steigenden Maß gewalttätig.

Seite 3

Klaus von Dohnanyi MdB fordert Strauß auf, seine Propagandakompanie zurückzupfeifen: Beteiligung am Volksbetrug.

Seite 4

Klaus Matthiesen MdL wendet sich gegen Hörfunkwerbung im NDR: Ich verweigere meine Zustimmung.

Seite 5

Siegfried Merten (ÖTV) fragt nach den Konsequenzen der Bremer Ereignisse: Eine versäumte Gelegenheit.

Seite 6/7

Klaus Daubertshäuser MdB fordert mehr Fahrradwege: Für Gesundheit und Energie.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 170

5. September 1980

Energiekrise - Herausforderung für die Entwicklungspolitik

Die Weltenergiekonferenz in München kann Grundlagen für internationale Entscheidungen liefern

Von Rainer Offergeld MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die politischen und wirtschaftlichen Gefahren, die sich aus den abrupten und riesigen Preissprüngen für Erdöl ergeben, und die Risiken, die für eine weltweit gesicherte Ölversorgung bestehen, lassen sich nur durch internationale Verhandlungen mindern.

Ein Blick auf die Weltenergiebilanz zeigt, daß für die kommenden Jahre auf Grund der Entwicklungsanstrengungen in der Dritten Welt mit erheblichen Verschiebungen gerechnet werden muß: Heute verbrauchen die westlichen Industrieländer, in denen 16 Prozent der Weltbevölkerung leben, noch fast 55 Prozent der Weltenergie, die Entwicklungsländer (ohne China) dagegen nur 13 Prozent bei einem Anteil von 52 Prozent an der Weltbevölkerung. Rund vier zu eins ist auch das Verhältnis bei den Ölimporten. Der Energieverbrauch wird in Entwicklungsländern künftig mit jährlich sechs bis sieben Prozent wesentlich schneller wachsen als in den Industrieländern.

Die Verteuerung der Energie, die von Industrieländern wie der Bundesrepublik Deutschland bisher noch verkraftet werden konnte, hat für die Entwicklungsländer verheerende Folgen: Sie müssen sich für ihre Öleinfuhren, die 1980 rund 150 Milliarden DM kosten, immer stärker verschulden. Der Internationale Währungsfonds schätzt die Verschuldung der Entwicklungsländer für 1980 auf insgesamt 280 Milliarden US-Dollar. Das Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer wird für 1980 auf 68 Milliarden US-Dollar geschätzt. Immer weniger bleibt für den Import von ebenfalls verteuerten Investitionsgütern. Das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern verlangsamt sich. Daran kann auch Ent-



wicklungshilfe wenig ändern, die 1978 noch mehr als 50 Prozent der Ölrechnung entsprach, 1980 aber weniger als 25 Prozent ausmachen wird.

Viele Ölimportierenden Entwicklungsländer können die Abhängigkeit ihres modernen Sektors von Öleinfuhren verringern. Gleichzeitig mit der Ölkrise müssen sie auch der "Brennholzkrise" begegnen, welche die minimale Energieversorgung der ärmeren Bevölkerungsmehrheit auf dem Lande gefährdet, fruchtbare Böden zerstört und damit auch die Aussichten für ein Ende des Massenhungers verringert.

Die Bundesregierung unterstützt diese Eigenanstrengungen durch Beratungs- und Ausbildungshilfen bei der Energieplanung, beim sparsamen Umgang mit den vorhandenen Energiequellen und bei der Vorbereitung neuer Investitionen. Die großen Reserven an Öl, Gas, Wasserkraft und Kohle müssen erkundet, erschlossen und genutzt werden. Unser Beitrag zu solchen Investitionen ist von 321 Millionen DM im Jahre 1977 stetig gewachsen und wird 1980 den Betrag von 660 Millionen DM überschreiten. Auf längere Sicht verfügen die Entwicklungsländer über ein erhebliches Potential an unerschöpflichen Energiequellen wie Sonne, Wind und Biomasse. Wir haben deshalb ein Sonderprogramm zur Anwendung und Fortentwicklung geeigneter Technologien in Entwicklungsländern begonnen. Allein im Jahr 1980 sind dafür rund 77 Millionen DM vorgesehen.

Nach den von der Bundesregierung im Juli 1980 beschlossenen Grundlinien unserer künftigen Entwicklungspolitik werden wir den Energiesektor - neben ländlicher Entwicklung und Ökologie - als Schwerpunkt ausbauen. Es sind Anstrengungen in neuer Größenordnung erforderlich, um die nötigen Energieinvestitionen aufzubringen. Der jährliche Bedarf wird nach Schätzungen der Weltbank von 42 Milliarden DM im Jahre 1980 auf etwa 61 Milliarden DM im Jahre 1985 steigen. Die Weltbank arbeitet derzeit Vorschläge aus, wie dafür zusätzliche Mittel von Industrieländern und Ölexportierenden Ländern mobilisiert werden können.

Den Ölexportierenden Ländern kommt eine neue Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern zu. Es wäre sinnvoll, wenn sie den Entwicklungsländern Öl zu Vorzugsbedingungen liefern würden. Einige Ölexportierende Länder - ich nenne nur Mexiko und Venezuela - haben diesen Weg bereits beschritten und in Einzelfällen Sonderkonditionen eingeräumt. Dies sind erste Schritte in die richtige Richtung. Eine Ausdehnung dieser Praxis würde die Belastungen der Entwicklungsländer in wirksamer Weise verringern. Außerdem ist es unerlässlich, daß die Ölländer ihre Entwicklungshilfeleistungen steigern und diese Hilfe nicht nur einzelnen Ländern zugute kommen lassen, sondern systematischer auf die Gruppe der Entwicklungsländer verteilen. Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sind ein weiteres Mittel zum Ausgleich der Zahlungsbilanzungleichgewichte.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer paradoxen Situation. Die Ölimportierenden Entwicklungsländer haben einen großen Bedarf an Investitionen, können sie aber nicht finanzieren. Wenige Ölexportierende Entwicklungsländer schwimmen in Devisenüberschüssen und suchen dafür sichere und rentable Anlagen. In manchen Industrieländern sind Produktionskapazitäten nicht ausgelastet.

Die Vereinten Nationen bereiten einen globalen Dialog vor. Ich möchte meine Skepsis über die erzielbaren Ergebnisse in den riesigen Gremien der UNO nicht verhehlen. Sinnvoll - ist ein solcher Dialog auf alle Fälle nur, wenn er in realistischer Weise und ohne Rücksicht auf Gruppenempfindlichkeiten auch das Energieproblem anpackt. Mehr praktische Resultate verspricht das von der Brandt-Kommission angeregte Gipfeltreffen von Staatschefs aus Industrie-, Öl- und Entwicklungsländern. (-/5.9.1980/ks/ca)

+ + +

Die Weltenergiekonferenz beginnt am 8. September in München



In steigendem Maß gewalttätig

Auch der Terror von rechts muß ernst genommen werden.

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Serie von Rechtsterroristen begangener Sprengstoffanschläge und das Attentat auf das Ausländerwohnheim in Hamburg, dem zwei Vietnamesen zum Opfer gefallen sind, erscheint aufgeklärt. Die Ermittlungen des Generalbundesanwalts haben im Zusammenwirken mit den Polizeibehörden und den Verfassungschutzämtern zur Verhaftung von mehreren Rechtsextremisten geführt, die der genannten Taten dringend verdächtig sind. Zugleich wurde der lange gesuchte, bereits rechtskräftig verurteilte Neonazi Manfred Roeder festgenommen. Nun werden die Gerichte das Wort haben.

Zweierlei ist festzuhalten:

Einmal wird deutlich, daß nunmehr auch die extreme Rechte in steigendem Maße gewalttätig wird. Um Argumente verlegen, greift sie zu Brandsätzen und zum Sprengstoff. Das mahnt uns zu erhöhter Wachsamkeit. Zum anderen zeigt sich: Die Strafverfolgungsorgane sind auf der Hut, der Fahndungserfolg ist unbestreitbar. Wer zur Gewalt greift, muß damit rechnen, dafür vor Gericht einstehen zu müssen - ganz gleich, aus welchen Motiven er die Gesetze bricht. Dies belegen auch die Zahlen der Justizstatistik: Eine im Bundesministerium der Justiz geführte Übersicht weist aus, daß seit dem 1. September 1978 bis zum 31. August 1980 368 rechtskräftige Urteile wegen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund erfaßt worden sind. Weitere 130 Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Gegen 183 Personen laufen Ermittlungsverfahren, Anklage erhoben ist derzeit in 101 Fällen. Neben den zuvor erwähnten Rechtsextremisten befinden sich weitere zwei Personen in Strafhaft und 104 in Untersuchungshaft. Polizei und Justiz haben demnach die Gefahr erkannt, die von einer Wiederbelebung des Nazismus ausgehen kann. Anders als in den Jahren zwischen 1918 und 1938 ist die Justiz heute unbeschadet gelegentlicher Unzulänglichkeiten keineswegs auf dem rechten Auge blind. Bonn ist - einmal mehr - nicht Weimar.

Das juristische Instrumentarium zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus hat sich im großen und ganzen bewährt. Noch bestehende Lücken, auf die das Wahlprogramm der SPD aufmerksam gemacht hat, sollten in der nächsten Legislaturperiode geschlossen werden. Es ist zu hoffen, daß auch die FDP diese Initiativen unterstützen wird.

Allerdings sollte keine Illusion darüber bestehen, daß mit den Mitteln des Rechts allein der Kampf gegen den Rechtsextremismus ebensowenig zu gewinnen ist, wie der gegen den Terror von links. Auf die Dauer wird nur die offensiv geführte politische Auseinandersetzung zum Erfolg führen. Dem Terror den geistigen Nährboden zu entziehen, das ist die Aufgabe. Sie stellt sich allen, denen es ernst ist mit dem Bekenntnis, daß sich nationalsozialistisches Gedankengut nie wieder breitmachen darf. Das Wiederaufkeimen solcher Gedanken und die jetzt sichtbar gewordene Tendenz, diesen Gedanken auch mit Mordanschlägen Nachdruck zu verleihen, mahnt uns alle: Es ist höchste Zeit, diese Auseinandersetzung kontinuierlich zu führen. Dazu gehört auch die Abwehr ausländerfeindlicher Tendenzen. Oder die Beschäftigung mit den Gründen, aus denen der Bundestag quer durch alle Parteien die Aufhebung der Mordverjährung beschlossen hat.

(-15.9.1980/ks/ca)

+ + +



Beteiligung an Volksbetrug

Strauß soll seine Propagandakompanie zurückpfeifen

Von Klaus von Dohnanyi MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Die sogenannte "Bürgeraktion für Strauß", die von dem bekannten Polemiker Gerhard Löwenthal angeführt wird, verbreitet in der Öffentlichkeit durch Nachdrucke von Inflationsbanknoten der 20er Jahre (natürlich mit dem eingeblendeten Kopf von Helmut Schmidt) und durch Faltblätter, Wahlreden und so weiter die Behauptung, daß die "hemmungslose Schuldenpolitik der Sozialisten zu einem neuen Währungsschnitt führt, durch den alles verloren geht, was wir uns im Laufe vieler Jahre erarbeitet haben".

Nachdem die unabhängige Bundesbank und die Bundesregierung diese Kampagne der Angst-
mache zurückgewiesen haben, hat nun auch die "Gemeinschaft zum Schutze der deutschen
Sparer" diese üble Verfälschung zu Propagandazwecken widerlegt: "Bei aller Kritik an
der derzeitigen Staatsverschuldung ist ein Vergleich mit der Schuldenpolitik der
20er und 30er Jahre nicht möglich.... Eine Währungsreform steht daher heute nicht
zu befürchten."

Unter dem Druck der sachlichen Argumente hat Franz Josef Strauß am 4. September 1980
im ZDF selbst zugegeben, daß eine Währungsreform nicht zu befürchten ist.

Aber ein spätabendiges im Fernsehen nebenbei gesprochenes Wort ist kein Ersatz für
eine deutliche Distanzierung von der Angstkampagne, die von seinen Helfershelfern à la
Löwenthal inszeniert wird. Denn, wie die "Gemeinschaft zum Schutze der deutschen
Sparer" schreibt, es "schweigt das Mißtrauen weiter, wie viele besorgte Anfragen von
Sparern zeigen".

Wer - wie die Propagandakompanien von Strauß - wider besseres Wissen das Volk belügt
und verängstigt, macht sich eines gemeinen Volksbetruges schuldig. Franz Josef Strauß
muß, wenn er zu einem sachlichen Wahlkampf zurückkehren will, die verwerfliche
Kampagne vom sogenannten "Währungsschnitt" klar und unmißverständlich beenden. Er muß
dafür sorgen, daß das betrügerische Faltblatt eingestampft wird. Sonst wird er mit-
schuldig an dem, was die sogenannte "Bürgeraktion" anrichten will. (-/5.9.1980/ks/ca)

+ + +



Ich verweigere meine Zustimmung

Hörfunkwerbung im NDR würde Zeitungssterben auslösen

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Am morgigen Sonntag will der NDR-Verwaltungsrat in Hamburg die Einführung der Hörfunkwerbung ab Januar 1981 beschließen. Ich frage: Muß das sein?

In dieser Woche wurde ein vom Bundesverband der Zeitschriftenverleger veranlaßtes Rechtsgutachten bekannt. Das vom Kieler Rechtswissenschaftler Wilhelm Kewenig erstellte Gutachten kommt im wesentlichen zu folgendem Ergebnis: Die Amtszeit der NDR-Gremien sind im Juli dieses Jahres ausgelaufen, ihre Verlängerung durch bloßen Konsens der Beteiligten bis zum Jahresende ist rechtlich mehr als zweifelhaft. Jedenfalls ist seit Juli dieses Jahres - nachdem das schleswig-holsteinische Landesparlament seinen Revisionsantrag zurückgezogen hat - das Urteil des Lüneburger Obergerichtes (OVG) rechtskräftig. Danach ist der NDR-Rundfunkrat verfassungs- und staatsvertragswidrig zusammengesetzt. Aber auch wenn das Gremium nicht verfassungswidrig zusammengesetzt und seine Amtszeit regulär verlängert wäre: Darf der "alte" NDR-Verwaltungsrat über die Einführung von Werbung für eine neue NDR-Anstalt beschließen, die auf neuer Rechtsgrundlage ab 1. Januar 1981 bestehen wird?

Entscheidender sind für mich allerdings die politischen und rundfunkpolitischen Fragwürdigkeiten hinter dem Vorhaben des NDR-Verwaltungsrates. Bisher ist das neue, stark regionalisierte Programmschema des "neuen" NDR nicht veröffentlicht, geschweige denn mit der Öffentlichkeit, den NDR-Hörern und -sehern diskutiert, da wird schon seine kommerzielle Finanzierung beschlossen und zwar über den ganz breiten Daumen. Wer sagt denn eigentlich, wieviel das "neue" Programm kosten wird und wer sagt mir, daß da richtig gerechnet wird? Wer weiß eigentlich heute, wieviel Regionalisierung die gesellschaftlich relevanten Gruppen, die in Zukunft über den NDR mitentscheiden sollen, eigentlich wollen - und zu welchem Preis? Bisher haben die Parteien den NDR weitgehend allein gesteuert. Aber das ist verfassungswidrig, sagt das OVG Lüneburg. Wollen jetzt die Parteien im alten NDR-Verwaltungsrat den gesellschaftlich relevanten Gruppen im neuen wenigsten noch einmal die Entscheidung über die Werbung "abnehmen"?

Zu diesem kommen die grundsätzlichen Überlegungen zur Werbung im Hörfunk. Überall in der Welt haben Werbe-Wellen die Aufgabe, möglichst viele Zuschauer für den Werbeblock zu bündeln. Wo ein Sender das schlecht macht, wandert die Werbewirtschaft zur Konkurrenz. Das verdichtet sich überall zu der Konsequenz: Niveauverlust im Programm. Hinzu kommt, daß dem ohnehin dünnen Blätterwald in Norddeutschland weitere Ausdünnung droht. Der Werbekuchen wächst nicht, aber der NDR wird sich in Zukunft eine gute Scheibe davon abschneiden. Die großen Zeitungen, die sich seit einigen Jahren goldene Nasen verdienen, können es wohl vertragen. Es trifft die Kleinen, die dann wie gehabt, von den Großen geschluckt werden. Von einst mehr als zwei Dutzend selbständigen Vollredaktionen in Schleswig-Holstein gibt es heute noch ganze acht. Die morgige Entscheidung könnte eine neue Pressekonzentrationswelle anschieben. Es wäre die letzte.

Und wieder einmal wird alles im Eiltempo über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden, ohne Information und Diskussion mit jenen, die das alles so oder so bezahlen sollen. Dazu verweigere ich als Sozialdemokrat meine Zustimmung. (-/5.9.1980/bgy/ca)

+ + +



Eine versäumte Gelegenheit

Fragen, die kein Untersuchungsausschuß stellt

Von Siegfried Merten

Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV

Die Diskussion um die Wiederbewaffnung hat in den fünfziger Jahren in unserem Volk Gräben aufgerissen. Der Respekt vor unterschiedlichen Auffassungen gebot uns als Einheitsgewerkschaft, jedem das Recht zuzugestehen, selbständig seinen Standort zu beziehen.

Mit der Mehrheit der Gewerkschafter war ich damals ein erklärter Gegner der Wiederbewaffnung. Die Entscheidung im Deutschen Bundestag beendete die Auseinandersetzung. Die Wunden, die entstanden waren, vernarbten.

Wir beschlossen, bei Soldaten nicht für die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ÖTV zu werben. Jedem, der vor Eintritt in die Bundeswehr Mitglied der Gewerkschaft ÖTV war, sollte die Mitgliedschaft erhalten bleiben. Das galt besonders für die Wehrpflichtigen.

Im Dezember 1964 hat dann der Beirat der Gewerkschaft ÖTV entschieden, daß auch Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit Mitglied der Gewerkschaft ÖTV werden können.

Die staatspolitische Erkenntnis, daß die Bundeswehr Teil des demokratischen Staates ist, führte zur Revision der bisherigen Haltung. Das soziale Schicksal derer, die diesen Beruf ausüben, stand damit gleichwertig neben dem aller anderen Arbeitnehmer.

Mit diesem Beschluß wurde auch deutlich, daß der in deutscher Tradition begründete Streit zwischen Arbeiterschaft und bewaffneter Macht ein für allemal beendet sein sollte.

Die Bundeswehr war in den Gewerkschaften als unsere Bundeswehr akzeptiert.

Am 1. August 1966 hat der damalige Verteidigungsminister, Kai Uwe von Hassel, in einem Erlaß der Gewerkschaft ÖTV das Recht bestätigt, in den Einrichtungen der Bundeswehr tätig zu werden. Ein Generalinspekteur nahm das zum Anlaß zurückzutreten. Es gesellte sich ihm ein Wehrbereichsbefehlshaber zu. Beide sahen die Führungsstruktur der Bundeswehr in Frage gestellt.

Vor diesem Hintergrund frage ich: Welche Gelegenheit wurde am 6. Mai 1980 versäumt?

Warum hat niemand daran gedacht, mit der Bremer Veranstaltung zu zeigen, daß es sich um eine Veranstaltung unserer Bundeswehr handelt? Das hätte an den Eingeladenen deutlich werden können.

Waren zu dem Empfang, der dem Gelöbnis vorausgegangen ist, vom Senat der Hansestadt Eltern der Rekruten eingeladen worden?

Hat irgend jemand daran gedacht, Arbeiter einzuladen?

Ist niemand auf die Idee gekommen, die Werftarbeiter der Weser AG, der Vulkan-Werft, die Arbeiter von Klöckner oder die Hafentarbeiter mit ihren Kollegen der städtischen Verkehrsbetriebe und der Müllabfuhr einzuladen?

War es nur eine Veranstaltung der Bremer Wirtschaft?

War es eine Veranstaltung der Generale und Admirale?

Was immer bekannt gewesen sein mag über die beabsichtigte Störung: Hat niemand daran gedacht, den Bundespräsidenten in Begleitung von vielen hundert Arbeitnehmern zum Stadion gehen zu lassen? War der Fußmarsch zu weit?



Denken Politiker in der Erwartung von Störungen durch Unruhestifter und Chaoten nur noch an Polizei?

Ist es nicht unsere Demokratie?

Wird nicht immer betont: Die Gemeinschaft der Demokraten sei in der Lage, mit dem Spuk einer kleinen radikalen, verwirrten Minderheit fertigzuwerden?

War das Gelöbnis in Bremen nicht geeignet, diesen Beweis zu führen.

Was aus den Protokollen des Untersuchungsausschusses der Bürgerschaft bleibt, ist ein Streit, bei dem Grundfragen überhaupt nicht berührt worden sind.

Hat vordergründiger parteipolitischer Ehrgeiz den Zugang zu der Frage verkleistert, wer denn unser Volk ist, dem sich der Rekrut verpflichtet?

Wieviel haben Inspekture und Kommandeure von dem begriffen, was "Innere Führung" heißt?

Ist für sie der Tag des Gelöbnisses nur ein Tag, an dem junge Männer sich verpflichten, gehorsam zu sein?

Kann ein solcher Tag nicht allein schon durch die äußere Gestaltung deutlich machen, was wir alle unter Freiheit, die es zu schützen gilt, verstehen? Bedarf es dazu eines überholten Landsknechtszeremoniells, das sich "Großer Zapfenstreich" nennt?

Was tut denn ein junger Deutscher moslemischen Glaubens, bereit, das Land zu verteidigen, in dem sein Recht auf Glauben grundgesetzlich geschützt ist, bei der Zeremonie, bei der befohlen wird: "Helm ab zum Gebet"? Wird der Moslem vorher aussortiert? Nimmt er nicht teil?

Was macht ein Ungetaufter, dem sein Vater erzählt hat, daß das Koppelschloß der alten Wehrmacht mit der Inschrift "Gott mit uns" von ihm als Blasphemie empfunden worden sei; was macht er, wenn er zu dem Gott, den die Amtskirche präsentiert, nicht mehr beten kann, weil Vertreter dieser Kirche noch im Zweiten Weltkrieg Vernichtungswaffen gesegnet haben? Darf er dann nicht teilnehmen? Hat er dann weniger Freiheitsrechte?

Hat sich ein Inspekteur, ein Kommandeur in der Vorbereitung dieses 6. Mai 1980 um diese Fragen gekümmert?

Oder hat er nur den Befehl gegeben, daß die Rekruten zum Gelöbnis ordentlich gekleidet sein sollen, einen adretten Haarschnitt haben und das Kommando "Stillgestanden" verstehen - ein Kommando, das, nachdem es erteilt worden ist, dem Menschen das Wort verbietet?

Sollten die Rekruten nur ordentlich aussehen und einen soldatischen Eindruck machen?

War vielleicht die gesamte Vorbereitung für diesen Tag darauf beschränkt, Ablauftechnik sicherzustellen?

Galt die Vorbereitung nur dem großen, "geheiligten" Protokoll für Würdenträger?

Dann hätte das Gelöbnis besser still und abgeschieden in einer Kaserne stattgefunden.

Die Untersuchungsausschüsse haben alle diese Fragen nicht gestellt.

Gefragt wird, wer wann mit wem telefoniert hat; wer über was wen wann informiert hat; wer wann und wo mit welcher inneren Einstellung die Ereignisse am 6. Mai 1980 vorher beeinflußt hat.

Das wirkt gespenstisch. Schade! Der Tag des Gelöbnisses hätte für uns alle ein wichtiger Tag sein können. Ob er es einmal wird, hängt davon ab, wie die Antworten auf die hier gestellten Fragen lauten.

Es stellt sich schließlich auch die Frage: Wenn man Gelöbnis- und Jubiläumsfeiern in der Öffentlichkeit für Soldaten veranstaltet, dann stelle ich mir vor, daß es auch richtig wäre, irgendwann einmal eine öffentliche Danksagung für diejenigen zu veranstalten, die Zivildienst leisten. Sie erfüllen mit ihrem Dienst für den Menschen ohne Waffe eine mindest gleichrangige grundgesetzliche Aufgabe. (-/5.9.1980/ks/oa)

+ + +



Für Gesundheit und Energie

Der Radwegebau muß koordiniert und verstärkt werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren in der Bevölkerung das Bewußtsein für das Fahrradfahren erheblich verstärkt. Über die Anzahl der in der Bundesrepublik vorhandenen Fahrräder und ihre Benutzung (Verweildauer im öffentlichen Straßenverkehr) liegen keine ausreichenden Angaben vor. Die Schätzung der vorhandenen Fahrräder liegt zwischen 28 und 40 Millionen. Seit 1971 werden jährlich drei Millionen Fahrräder verkauft. 1979 erreichte der Inlandsabsatz rund 3,9 Millionen Fahrräder.

85 Prozent aller Haushalte und etwa 60 Prozent aller Bürger sind mit einem Fahrrad ausgestattet. Acht Millionen Jugendliche zwischen sechs und 16 Jahren sind auf das Fahrrad als Verkehrsmittel angewiesen. Für die Benutzer des Fahrrades kommen vorwiegend Entfernungen bis zu acht Kilometer in Betracht. Im Bundesgebiet sind 60 Prozent aller zurückgelegten Wege im Verkehr kürzer als drei Kilometer und somit für den Radfahrer geeignet.

Bei einem Andauern der Energiekrise einerseits und dem Wunsch der Bevölkerung andererseits ist eine Zunahme des Fahrradverkehrs zu erwarten, wenn ein geeignetes verbundenes Radwegenetz angeboten wird. Damit wäre dann auch mit einer entsprechenden Abnahme der Kraftfahrzeug-Fahrten zu rechnen, wodurch eine Verkehrsberuhigung, Verringerung der Luftverschmutzung und der Verkehrsbelästigung, sowie schließlich eine Energieeinsparung erreicht werden können.

Die vorhandenen Radwege an Straßen des überörtlichen Verkehrs verdeutlicht die folgende Tabelle:



Straßenart	Netzlänge	Radwege	Anteil der Radwege
	km	km	(3 von 2) Prozent
1	2	3	4
a/ Bundesstraßen	32.252	6.954	21,6
b/ Landesstraßen	65.377	5.137	7,9
c/ Kreisstraßen	66.003	3.660	5,5
zusammen	163.632	15.751	35,0

Damit ist der Anteil der Radwege an Bundesstraßen mit 21,6 Prozent am größten. Dies wurde unter anderem dadurch erreicht, daß an insgesamt 2.561 Kilometer Bundesstraßen in den Jahren 1971 bis 1976 neue Radwege gebaut worden sind.

Wünschenswert wäre es, daß der Fahrradverkehr auch auf solchen land- und forstwirtschaftlichen Wegen zugelassen würde, auf denen dies derzeit nicht möglich ist. Dabei stellt sich jedoch das bislang noch nicht gelöste Problem der Verkehrssicherungspflicht. Daher ist es dringend notwendig, daß es hier zu einer Lösung zwischen dem Bundesverkehrsminister und dem Bundeslandwirtschaftsminister kommt.

Bundesverkehrsminister Gscheidle hat sich bemüht, die energiewirtschaftlichen Akzente der Verkehrspolitik zu verstärken, und insbesondere Alternativen angeboten, um den Individualverkehr mit dem Personenkraftwagen zu verbessern. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern versucht er, ein Radwegeprogramm an Bundesstraßen aufzustellen. Im "Gemeinsamen Ausschuß Bund-Länder-Kommunal-Spitzenverbände" wird nach Möglichkeiten gesucht, den Fahrradverkehr im Landes- und Kommunalstraßenbereich zu verbessern.

Von entscheidender Bedeutung ist naturgemäß die Finanzierungsfrage. Fahrradwege sind, soweit sie nicht an Bundesstraßen liegen, Angelegenheiten der Länder, Kreise und Gemeinden. In der Regel werden die für den Fahrradwegbau aufzuwendenden Mittel in Größenordnungen liegen, die von deren Haushalten getragen werden können. Eine Förderung durch den Bund kann nach Paragraph 5a des Fernstraßengesetzes und nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erfolgen.

Aus den unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Gründen ist an alle beteiligten Baulastträger zu appellieren, ihre Bemühungen zu koordinieren, um ein möglichst einheitlich gestaltetes Netz von Radwegen zu erzielen. (-/5.9.1980/ks/ca)

